

Die Bundesregierung plant die massivsten Angriffe auf unseren Sozialstaat seit der Agenda 2010:

Sie will an unserer Gesundheit und Pflege sparen, hart erkämpfte Arbeitsrechte wie Kündigungsschutz und 8-Stunden-Tag kippen, die Jugend- und Behindertenhilfe und unsere Renten kürzen.

Wir sagen: Es reicht!

- **Keine Kürzungen bei Gesundheit, Pflege, Rente, Arbeitslosigkeit.**
- **8-Stunden-Tag verteidigen.**
- **Überreichtum besteuern - Preise für Energie und Lebensmittel deckeln.**
- **Krieg und Aufrüstung beenden.**

Deshalb gehen wir am Samstag 26.09. gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften auf die Straße und zeigen Friedrich Merz, dass wir uns diese Kürzungen nicht gefallen lassen!

Werde mit uns aktiv.

Schließ dich uns an. Lasst uns gemeinsam den Widerstand gegen die Merz-Regierung auf die Straße tragen und den Sozialstaat verteidigen.

10%

der Bevölkerung besitzt in Deutschland zwei Drittel des Vermögens.

Geld ist genug da. Es ist nur falsch verteilt.

Was hat die Merz-Regierung vor?

Angriff auf deine Gesundheit:

- Zuzahlungen zu Medikamenten, Krankenhausaufenthalt und Behandlungen werden teurer.
- Der Eigenanteil beim Zahnersatz steigt.
- Krank zur Arbeit: Abschaffung der telefonischen Krankschreibung und Zwangskrankschreibung ab dem 1. Tag

Angriff auf die Pflegeversicherung

- Weniger Rentenpunkte für pflegende Angehörige.
- Niedriger Pflegegrad und damit weniger Leistungen für Pflegebedürftige.
- Der Eigenanteil für Pflegeheime liegt aktuell schon bei 3.200 Euro und soll noch teurer werden.

Angriff auf deine Rente

- Statt die gesetzliche Rente zu stärken, soll unsere Rente an den Kapitalmärkten verzockt werden.
- Die Rente nach 45 Beitragsjahren soll abgeschafft werden: Wir sollen länger arbeiten und später weniger Rente bekommen.

Angriff auf dein Leben und deine Arbeit

- Die tägliche Arbeitszeit soll von 8 auf bis zu 13 Stunden angehoben werden.
- Kindern und Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten und Menschen mit Behinderung sollen die Förderungen gekürzt werden.
- Wer arbeitslos wird, soll Angst haben: Härtere Sanktionen schaffen keine Jobs, sondern Armut.